Stadt Zürich
Gemeinderat

GR Nr. 2026/ 606

04.11.2026

Postulat

von Simone Widmer (Grüne),
Christian Häberli (AL)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Niederdorf bzw. die Altstadt ohne Anschluss an ein Fernwärmenetz mit erneuerbarer Wärme versorgt werden kann, ohne auf Gas bzw. Biogas angewiesen zu sein. Dabei sind insbesondere folgende Lösungsansätze zu prüfen:

a) Erdwärmesonden auf öffentlichem Grund mit einem Konzessionsmodell wie in Sursee
b) kleine Wärmeverbünde mit einer gemeinsamen Wärmequelle
c) Anschluss der Häuser am Rand der Altstadt an die umliegenden thermischen Netze

Begründung:
Mit dem Ziel Netto-Null 2040 müssen auch Gebäude in den dicht bebauten Gebieten ihre fossile Heizung ersetzen. In der Altstadt, wo weder ein Wärmenetz in Aussicht steht noch auf der Parzelle gebohrt werden kann, bleibt heute oft nur der Weiterbetrieb mit Gas (Biogas). Biogas ist jedoch eine knappe Ressource. Gemäss der städtischen Klima- und Energiestrategie soll es dort eingesetzt werden, wo es keine Alternativen gibt, etwa für Spitzenlasten in thermischen Netzen und für industrielle Prozesse. Für die Wärmeversorgung der Altstadt ist es deshalb keine nachhaltige und zukunftsfähige Lösung.

Die Altstadt ist kein einheitliches Gebiet. Je nach Lage, Parzellengrösse und Nähe zu bestehenden Netzen eignen sich unterschiedliche Lösungen. Statt Einzelfälle zu beurteilen, braucht es deshalb ein Gesamtkonzept, das aufzeigt, welcher Ansatz wo zum Zug kommt, und den Eigentümerinnen und Eigentümern Planungssicherheit gibt.

Erdwärmesonden wären an diversen Orten in der Altstadt, die naheliegende alternative Lösung. Sie beanspruchen oberirdisch nur während der Bauzeit Platz, machen keinen Lärm, sind langlebig und ermöglichen im Sommer auch eine nachhaltige Kühlung, die angesichts der Hitzesommer in der dicht bebauten Altstadt immer wichtiger wird. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Lösungen wie die Konzessionierung nicht an Orten zum Einsatz kommen, an denen heute Bäume wachsen.

Der Stadtrat hat das Postulat 2019/139 mit Verweis auf den knappen öffentlichen Grund und den Konflikt mit anderen Leitungen und Bauten im Untergrund beantwortet und dessen Abschreibung beantragt. Dieser Vorstoss geht bewusst weiter. Erdwärmesonden beanspruchen einzig den Untergrund und dies sehr punktuell. Zudem schlägt der Vorstoss konkrete Instrumente vor (Konzession, kleine Wärmeverbünde), die den Nutzungskonflikt steuern, statt ihn pauschal auszuschliessen.

Andere Städte zeigen, dass das geht. Sursee erlaubt Sonden auf öffentlichem Grund in der Altstadt unter klaren Bedingungen, Basel-Stadt kennt die Sondernutzung auf Allmend gegen Bewilligung und Gebühr, und auch in Genf sind Sonden auf öffentlichem Grund möglich.[1] Das soll auch in Zürich gelten.

[1] https://www.sursee.ch/_docn/5733166/Faktenblatt_Erdw%C3%A4rmesonden-Strategie_V1_3_250523.pdf
https://www.sursee.ch/dienstleistungen/114169
https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/724.140/versions/3883